WP-01-K3-460

# Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | BAG Behindertenpolitik |
| Beschlussdatum: | 05.01.2025 |

## Änderungsantrag zu WP-01-K3

**Von Zeile 459 bis 462 einfügen:**
Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und damit zu unserem Wohlstand beitragen können**. Dafür schließen wir gesetzliche Schlupflöcher und passen die Ausgleichsabgabe an.** Wir wollen deshalb das heutige ausgrenzende Werkstättensystem in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne

## Begründung

Nicht erst seit der Böhmermann-Sendung wissen wir, dass die Verpflichtung von Unternehmen zur Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung so löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Das muss sich ändern! Zudem ist die Höhe der Ausgleichsabgabe offenbar ungeeignet, um ihren Zweck zu erreichen. Viele Unternehmen zahlen diese lieber, als Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Hier gilt es nachzusteuern.